

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raber & Comp., Nr. 1908.

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Dresdner Bank, Dresden, und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frachtposten mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Veröffentlichung: Wetzlarplatz 10. Telefon 26 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wetzlarplatz 10. Telefon 26 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 29 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reflamzeile 150 Goldpf., für auswertige Anzeigen 25 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegung 10 Goldpf.

Nr. 19

Dresden, Freitag den 23. Januar 1925

36. Jahrg.

Nach der Abstimmung

Es kam wie es kommen mußte: der Reichstag nahm am Donnerstagabend die Billigung des Formel für die Reichsregierung mit 246 gegen 160 Stimmen bei 39 Enthaltungen an.

Das ist Luthers Mehrheit. Jedermann wird zugeben müssen, daß sie wahrlich nicht übermäßig ist: 493 Abgeordnete sitzen im Reichstag; die kleinere Hälfte hat für das Kabinett votiert, nicht einmal die absolute Mehrheit erreicht, es auf sich zu vereinigen. Und dabei handelt es sich nicht einmal um ein Vertrauensvotum, sondern nur um die Billigung seines Programms. Wenn es an die Arbeit geht, wird sich das weitere zeigen und das Zentrum, das in seiner großen Mehrheit mit Ja stimmte, kann schon in den nächsten Wochen gezwungen sein, einem sozialdemokratischen Mißtrauensantrag zuzustimmen. Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt zur Haltung des Zentrums:

Erst das Abstimmungsergebnis zeigt, in welcher Unabartbarkeit das Zentrum gegenüber seinem „beschworenen Führer“ Marx gehandelt hat und wie leichtfertig die letzte Regierungskrise heraufbeschworen worden ist. Als Marx Anfang Juni mit seinem zweiten Kabinett vor den Reichstag trat, fand seine Erklärung nach erfolgter Debatte am 7. Juni eine Billigung mit 247 gegen 183 Stimmen. Der Reichstag wählte damals insgesamt 472 Abgeordnete, so daß also Dr. Marx 11 Stimmen mehr über die absolute Mehrheit erhielt, während dem neuen Reichstagsleiter noch nicht einmal die einfache Mehrheit fehlte. So ergab sich, daß die „große parlamentarische Mehrheit“, von der die Rechtsparteien fortgesetzt schwärzen und mit der sie ihre letzte Regierungskrise begründeten, in Wirklichkeit überhaupt keine Mehrheit, und im Vergleich zu dem am 7. Juni 1924 für Dr. Marx abgegebenen Vertrauensvotum eine ausgesprochene Minderheit ist. Parlamentarisch gesehen, heißt also die jetzige Regierung viel schlechter da als das Kabinett Marx. Sie besitzt nicht einmal das volle Vertrauen der sie jetzt stützenden Parteien, während man nun der Regierung Marx im allgemeinen das Gegenteil beizumessen kann. Die Abstimmung vom Donnerstag wird so zu einer schweren Anklage gegen die Deutsche Volkspartei, die das Kabinett Marx gestützt hat. Sie bestätigt darüber hinaus die Leichtfertigkeit, mit der unsere sogenannten Volksparteien in Deutschland Politik treiben, und rechtfertigt unsern fortgesetzten Vorwurf, daß nicht der Wille zu einer Wehrheitsbildung, sondern nur die Parteieninteressen den Stütz der Regierung Marx herbeigeholt haben.

Zagen wir doch ruhig: die Volkspartei hat endlich alle Schleier abgeworfen, die bisher ihre rein kapitalistische Natur verhüllten, hat ihre politikfremde Masse fallen lassen, womit auch die Regierung Marx fallen mußte. Und so bleibt dies Kabinett trotz manchen republikanischen Versicherungen des Herrn Dr. Luther ein Block der Zweideutigkeit, Unehrlichkeit und der Selbstinteressen. Aber bei der Halbheit der bürokratischen Mittelparteien machte es etwas zustande kommen und das Abstimmungsergebnis drückte nur einen Stempel auf einige psychologische Verschiebungen innerhalb der Rechtsparteien. Die Deutschnationalen haben mit Ja gestimmt und sind damit zu der von Luther vertretenen Außenpolitik bekannt, die nach Luthers Erklärungen nichts sein will als eine Fortsetzung der Marxschen Verständigungspolitik. Der Söprozentige Umstoß der Deutschnationalen bei jener denkwürdigen Abstimmung über die Eisenbahngesetze des Dawes-Guthens ist also zu einem 100prozentigen geworden und die Deutschnationalen Wähler mögen daran das Maß von Demagogie, Deutlichkeit und Lüge erkennen, mit dem sie von diesen Kämpfern gegen die Erfüllungspolitik in den verflochtenen Wahlkämpfen eingeseift wurden.

Die Nationalsozialisten enthielten sich der Stimme, das heißt, sie wollen abwarten. Sieh da, sieh da! Wollten die Mannen Lindendorfs nicht eine noch schärfere Wendung gegen den „Verständigungsrummel“, gegen den „Verrat an den Erbfeind“, wollten sie nicht eine noch schärfere Abfrage an die Erfüllungspolitik als die Deutschnationalen? Proklamieren ihr Oberbunze Stiller nicht noch vor einem Jahre den Marsch an den Rhein? Und nun ihre rasche Unterwerfung eines Kabinetts, das die Dawes-Gesetze erfüllen will? Welche Wendung durch Gottes Gügnung! Wieviel Gelderei und wie wenig Wille bei diesem rechtsradikalen Stropfzug, das mit seinem Revandagebrüll jahrelang die Feindschaft aller Vernunft- und Verständigungspolitik eingeschlagen hat! Der deutsche Wähler kann an den Reichstagsergebnissen dieser letzten Woche sehr viel lernen, wenn er nicht schläft.

Die wichtigsten Ereignisse nicht vergessen! Darauf kommt es für ein Volk an, des sein Geschick selbst bestimmen will. Die Germania sagt in ihrer heutigen Morgennummer noch einmal all das zusammen, was das Zentrum aus seinen Erklärungen der letzten Monate nicht vergessen will. Das Blatt unterrichtet wiederum nachdrücklich die Verantwortlichen, die auf der Deutschen Volkspartei lastet:

Die Kabinettspropositionen, die sie im letzten Jahre vorgenommen hat, waren sachlich niemals derart wichtig und bedeuten jedesmal eine außerordentliche Gefahr für das ganze Reich. Die Deutsche Volkspartei hat für ihre Handlungswiese auch niemals überzeugende soziale Gründe ins Feld führen können. Bei den Reichswahlen hätte sie mit der Deutschnationalen Volkspartei Abmachungen getroffen, deren Nacheinander die schließliche aus jüngeren politischen Gründen nicht möglich war.

Die Germania bezweifelt im übrigen, daß die Taktik der Deutschen Volkspartei gegenüber den Deutschnationalen auf die Dauer von Erfolg sein werde:

Die politischen Pflichten gegenüber dem Staate sind für die Deutschnationalen ganz andere, geradezu entgegengesetzte, wenn sie in der Regierung sind und wenn sie außerhalb derselben stehen. Sie scheuen sich nicht, ihre boshafte Moral in dieser Beziehung frei zu betreten, und darum ist auch gar nicht gesagt, daß eine vorübergehende Unterstützung der Deutschnationalen in der Regierung zur Stärkung dieser Partei notwendig ist. Wir glauben nicht an eine anhaltende Verleumdung der Deutschnationalen. Aber wir hoffen auf eine baldige Entschiedenheit der Deutschen Volkspartei, deren Blick zu stärken wir uns in der kommenden Zeit sehr angelegen sein lassen werden.

Wir setzen das her, um die Missionen zu zeigen, denen sich selbst ein so kluges Blatt wie die Germania noch hingibt. In der Deutschen Volkspartei hat sich der rechte, schwach-industrielle, reaktionäre Flügel völlig durchgesetzt. Wir würden uns nach den bisherigen Leistungen Stresemanns über keine Schwankung und keine Karussellfahrt dieser Partei mehr wundern, aber ihre wahre Seele ist schwarzweißrot und reaktionär, wenn auch gewisse völkervereinerliche Sonntagsnachmittagsprediger das Gegenteil behaupten. Das Zentrum freilich ist nicht viel besser: republikanisch ist nur sein linker Flügel. Auf die Dauer werden diese Gegenkräfte im Zentrum und in den Reihen der Demokraten nicht zu überbrücken sein und zur englischen Entwicklung hinführen.

Und in Preußen?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Augenblicklich tobt in Preußen ein schwerer Kampf um die Macht. Mit bemerkenswerter Energie verteidigt insbesondere der sozialdemokratische Ministerpräsident die Politik des bisherigen Kabinetts und wir erkennen genau an, daß die preussische Zentrumsfraktion ihm bisher in diesem Gefecht, das Braun gleichzeitig für sie führt, Beistand geleistet hat. Am Freitag soll nun die endgültige Entscheidung durch die Abstimmung über die vorliegenden Mißtrauensanträge fallen. Die Opposition arbeitet mit allen Mitteln, um die Regierung zu stürzen, und sie will ihren Sturz hauptsächlich deshalb, weil das Kabinett Braun in Preußen keine Mehrheitsregierung ist. Wäre dieses Argument ausschlaggebend für jede Regierung, dann müßte Dr. Luther noch heute zurücktreten. Er besitzt im Reichstag keineswegs eine absolute Mehrheit wie Braun im Landtag. Dr. Luther hat am Donnerstag im Reichstag von 493 Stimmen 246 erhalten und Braun wird,

wenn die Vertreter der Koalitionsparteien vollständig anwesend sind, von 450 Stimmen im Preussischen Landtag 222 auf sich vereinigen. Diese Zahl dürfte sich noch um zwei Stimmen durch die beiden polnischen Abgeordneten erhöhen, so daß er im besten Falle mit 224 Stimmen von 450 aus dem Kampfe hervorgehen kann. An der absoluten Mehrheit fehlen ihm zwei Stimmen. Das ist eine Stimme mehr wie im Falle Dr. Luthers. Praktisch aber ist die parlamentarische Lage im Reichstag der im Landtag nicht nur ähnlich, sondern vollkommen gleich, und wären die Rechtsparteien wirkliche Anhänger der Demokratie, als die sie sich heute hinstellen, dann müßten sie morgen der Regierung Luther, die eben erst erstanden ist, den Todesstoß versetzen. Aber die Rechte kennt Demokratie nur, wenn es um ihr Klasseninteresse geht, und deshalb beschadet sie Braun mit den schamhaftesten Mitteln, während sie Luther, der sich in der gleichen parlamentarischen Lage befindet wie kein preussischer Kollege, das Leben fristen hilft. Stürzt Braun am Freitag — was wir nicht annehmen —, dann muß Luther, wenn Wahrheit und Ehrlichkeit überhaupt noch einen Sinn in der deutschen Politik haben sollen, fünf Minuten nach diesem Sturz von selbst zurücktreten. Bleibt Braun aber, dann haben die Sozialisten von rechts in Anbetracht der parlamentarischen Verhältnisse im Reich nicht das geringste Anrecht mehr, ihre bisherige abgesetzte Taktik fortzusetzen. Schon jetzt sind sie demaskiert.

Minister Schiele und die Verfassung

Berlin, 23. Januar. (Gp. Rundfunk.) Am Donnerstag haben die Reichsanwälte Luther und Reichsinnenminister Schiele dem Reichstag vorstellend. Der deutschnationalen Reichsanwalt Schiele, der als Reichsinnenminister den Reichstag führt, erklärte in einer Begrüßungsansprache unter anderem folgendes:

Die Kräfte, die ein Deutsches Reich geschaffen haben, sollen im Gegenteil der Länder geteilt und getrennt werden. Es ist darüber zu bezweifeln, daß eine Ansetzung seitens der bayerischen Regierung nach dieser Richtung hin vor Jahresfrist gegeben worden ist und in dieser bayerischen Denkschrift ist besonders hervorgehoben, daß der Persönlichkeitscharakter eines Staates und die Kräfte, die das Reich geschaffen haben, möglichst geschützt werden sollen. Aus der Befahrung der Persönlichkeiten heraus wird die Kraft für die Entwicklung eines Staates überhaupt geboren und so hoffe ich, daß unsere Verhandlungen hier von diesem einseitigen Gedanken getrennt werden, der am letzten Ende der echte und vaterländische ist.

Die hier erwähnte Denkschrift der bayerischen Regierung, die am 4. Januar 1924 der Reichsregierung übergeben wurde, ohne daß die bayerische Volksvertretung von dem Inhalt der Denkschrift unterrichtet war, bestreitet bekanntlich die Rechtsgrundlage der Weimarer Verfassung, sie bezeichnet die Verfassung von Weimar als verfehlt und behauptet, daß die Weimarer Verfassung nicht dem wirklichen Volkswillen entspreche. Sie gibt sich in dem Sinne nach dem „angestammten Herrscherhaus“. Kein Wunder, daß der

Der unbequeme Kritiker

Zu Trotskis Abschiedung

Der Besatz des russischen Zentralkomitees, Trotski von seinen sämtlichen Zentren zu entfernen, namentlich von seinem Amt als Leiter der Roten Armee, bedeutet die freisinnigste Diskussion, die die letzten Monate in Sowjetrußland die gespannteste Aufmerksamkeit der ganzen Weltöffentlichkeit herbeigeführt hat. Nach dem Tode Lenins ist Trotski zweifellos der persönlich begabteste, tatkräftigste Führer der Bolschewisten, dessen starke Vitalität ihn als den gegebenen Erben der Macht erscheinen ließ. Seine prägnante, auch den Volksmassen gegenüber in die Augen springende Rolle mußte um so bedeutender sein, als er früher stets mit Lenin zusammen in einem Kitzung genannt wurde. Nebenall, an allen offiziellen Stellen, in den Kommunistischen, großen und kleinen Regierungsbehörden, in den Schulbildung, Trotskis Bild neben dem Bilde Lenins, dessen Kult seit seinem Tode in Rußland Formen annahm, wie sie dardem weder der Javismus noch die katholische Kirche bei ihrer Heiligenerhebung gekannt hat. Trotski hat als Person deutlich von dem wenig populären und nicht sehr beliebten Sinowjew und auch von dem anderen Führern der Bolschewisten ab. Sie erschienen ihm gegenüber auch in den Augen der russischen Bevölkerung als zweiten Ranges.

Um so mehr muß die Tatsache der Abberufung Trotskis durch das Zentralkomitee als ein politisch bedeutungsvoller Akt bezeichnet werden. Daß diese Abberufung erfolgen kann, daß gegen sie sich außer dem wenig einflussreichen Binalow sich nur Kofowitsi gegen sie aussprechen konnte, beweist, wie sehr Trotskis Stellung in den führenden Kreisen der Bolschewisten erachtet war, und wenn die Abberufung ebenso wie die monatlangen heftigen Diskussionen ohne irgendeine sichtbare Erschütterung der Sowjetregierung erfolgte, so ergibt sich, daß die Sowjetregierung trotz dem für sie gefährlichen Kurs der augenblicklich maßgebenden Sinowjewianer eine verhältnismäßig feste Stellung einnimmt. Gernig beruht diese Stellung auf der starken Apasie und politischen Indifferenz der Arbeitermassen und auf der durch den Hunger erklärlichen Zurückhaltung des Bauerntums, aber einerseits, wobei die Festigkeit der Regierungsgestaltung zu erklären ist, sie ist zweifellos vorhanden. Mit ihrer Tatjana muß gerechnet werden.

Für die innerrussische Entwicklung bedeutet der ziemlich unholde Abgang Trotskis, den er durch die auf das Persönliche angelegte Art seiner Vorkommnisse zum größten Teil selbst verschuldet hat, nicht ohne weiteres ein starkes Festhalten an der augenblicklichen Politik der Bolschewisten. Auch die jetzt am Ruder befindlichen Männer sind bei allem Fanatismus doch beweglich genug, um sich bei innerrussischen Fragen nicht einmal umzustellen. Sie unterscheiden sich von Trotski darin nicht prinzipiell, sondern nur durch die größere Enge des Gesichtskreises. Sie werden noch

ähnlich die über kurz oder lang notwendigen Maßnahmen eines neuen wirtschaftlichen Rückschlages auch ergreifen, aber sie werden sie später weniger energisch und weniger sicherhaft durchzuführen, vielleicht sogar zu spät. Sollte Trotski seine — zweifellos vorhandenen — Meinungsverschiedenheiten mit der Trotski (den drei allmächtigen Leitern der Sowjetregierung) nicht auf persönlichen, sondern auf sachlichem Gebiet ausgetragen und den Zeitpunkt zur Austragung der Differenzen richtiger gewählt, so hätte der Streit anders ausgehen können. Nach der jetzigen Entwicklung kann es dahin kommen, daß unter Umständen die Gegner Trotskis gezwungen werden, in der Richtung der Trotskischen Anregungen Widerstände auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet durchzuführen. Freilich, in Rußland ist man geduldig, und auch heute noch hundert Millionen, ohne daß es zu Erschütterungen kommt. Trotskis Abberufung erschwert deshalb zwar die Aussicht auf eine Widerung des innerrussischen Kurses, aber er versperrt nicht ohne weiteres jede Möglichkeit. Vielleicht bleibt Trotski sogar trotz der jetzigen Abberufung eine Reserve für spätere Zeiten.

Größer ist die unmittelbare Bedeutung der Abberufung Trotskis für die Politik der Dritten Internationale. Sinowjew ist damit der ungeschickteste Herr über alle Sektoren, und wohin sein Kurs geht, das beweisen die Vorgänge in Rußland. Ebenso eindeutig wird sein Kurs angezeigt durch die Taktik der deutschen Kommunistischen Partei, die alles tut, um in Deutschland die Hoffnung aller Reaktionäre auf eine neu-gesamteuropäische Erschütterung zu untergraben. Ein neuer, zusammenfassender imperialistischer Kurs der Welt ist die ausgebrochene Hoffnung, ist die Karte, auf die Sinowjew gesetzt hat. Trotski war geneigt, die Gefahren zu erkennen, die dem europäischen Proletariat aus einem neuen Verbluten in einem solchen Zusammenstoß der imperialistischen Kräfte der Welt ist die ausgebrochene Hoffnung, ist die Karte, auf die Sinowjew gesetzt hat. Trotski war geneigt, die Gefahren zu erkennen, die dem europäischen Proletariat aus einem neuen Verbluten in einem solchen Zusammenstoß der imperialistischen Kräfte der Welt ist die ausgebrochene Hoffnung, ist die Karte, auf die Sinowjew gesetzt hat. Trotski war geneigt, die Gefahren zu erkennen, die dem europäischen Proletariat aus einem neuen Verbluten in einem solchen Zusammenstoß der imperialistischen Kräfte der Welt ist die ausgebrochene Hoffnung, ist die Karte, auf die Sinowjew gesetzt hat.